

## Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das nächste Verwaltungsjahr.

Voranschläge zur Bedeckung des Defizits: Straßenbahn-, Gas- und Strompreiserhöhung.

Gestern hat, wie gemeldet, beim Bürgermeister eine Konferenz der Obmänner des Gemeinderates stattgefunden, welcher die drei Vizebürgermeister und die Chefs der städtischen Ämter beiwohnten. Wie bereits berichtet, wurde in der Obmännerkonferenz der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1917/18 vorgelegt. Es handelte sich allerdings vorläufig nur um die Rohbilanz. Die Versammlung empfing die Mitteilung, daß der Hauptvoranschlag ein Defizit von 27 Millionen Kronen aufweist. Von diesem Defizit können 17 Millionen Kronen durch die Kassenbestände gedeckt werden, so daß 10 Millionen Kronen unbedeckt bleiben.

Es sind nun für die Bedeckung in der Obmännerkonferenz folgende Vorschläge aufgetaucht:

Es sei der Strompreis für Lichtzwecke um 20 Prozent zu erhöhen, der Strompreis für Kraftzwecke um 15 Prozent;

der Preis für Leuchtgas von 17 auf 19 Heller für den Kubikmeter zu erhöhen;

auf den städtischen Straßenbahnen einen einheitlichen Tarif von 20 Heller einzuführen;

die Gemeinde habe eine Petition an die Regierung zu richten, daß man ihr auch über das Jahr 1917 hinaus das Recht erteile, eine Wertzuwachssteuer einzuführen;

die Gemeinde soll an die Regierung eine Petition richten, um die Bewilligung einer Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Totalsteuernsteuer auf 100 Prozent.

Wir haben bereits vor einiger Zeit gemeldet, daß die Gemeinde Wien sich mit dem Plan trägt, auf den städtischen Straßenbahnen einen Einheitstarif einzuführen. Dieser Einheitstarif soll nun 20 Heller betragen. Damit würde der heute in Geltung befindliche Fahrchein von 16 H. und 22 H. außer Kraft kommen und durch einen einheitlichen Zwanzighellerfahrchein ersetzt werden. Es ist schon der Plan aufgetaucht, auch die Arbeiterarten im Frühverkehr um zwei Heller zu erhöhen, doch hat dieser Vorschlag keine Zustimmung gefunden. Der Fahrpreis für die Sommerfahrcheine dürfte wie bisher mit 30 H. berechnet werden. Unmittelbar an die Obmännerkonferenz schloß sich eine Sitzung des Stadtrates, die sich mit denselben Gegenstände beschäftigte.

Die Angelegenheit kommt in der nächsten Woche nach Pfingsten vor den Magistrat, dann in den Stadirat und hierauf in den Gemeinderat, wo in der zweiten Hälfte des Juni bereits die Budgetdebatte beginnen wird.